

Antrag

**der Abgeordneten Marco Schulz, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,
Krzysztof Walczak, Olga Petersen und Thomas Reich (AfD)**

**Betr.: Niedrigschwelligkeit durch Mobilität – Blutspendenbereitschaft von
Verwaltung und öffentlichen Unternehmen erhöhen!**

Die Bereitschaft der bundesdeutschen Bevölkerung, Blut zu spenden, ist seit Jahren rückläufig. Zwischen 2011 und 2018 ist die Zahl der Blutspenden von 5 auf 3,8 Millionen gesunken. Nach einem kurzen Anstieg zu Beginn der Pandemie, dank massiver Aufrufe vonseiten des Paul-Ehrlich-Instituts, des Robert Koch-Instituts sowie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, scheint sich jener Abwärtstrend nun wieder fortzusetzen. Das DRK warnte im Mai, dass die Spendenbereitschaft seit dem Frühjahr 2022 spürbar gefallen sei. 500 Spenden täglich wären nötig, um die Versorgung in Hamburg und Schleswig-Holstein zu decken. Bei gewissen Blutgruppen sei diese jedoch nicht einmal für zwölf Stunden zu gewährleisten.¹

Eine Parlamentarische Anfrage der AfD-Bürgerschaftsfraktion zeigt eine wahrscheinlich COVID-19-bedingte Abnahme von betrieblichen Blutspendeaktionen in unserer städtischen Verwaltung sowie den öffentlichen Unternehmen in den Jahren 2020/2021 auf. Doch auch das jeweilige Engagement im Jahre 2019 spiegelt nicht ansatzweise die personelle Stärke besagter Gruppen wider. Über die geplanten Blutspendeaktionen im Jahr 2022 konnten lediglich unzureichende Daten geliefert werden. Dies und die in der Anfrage aufgeführte Anzahl der Blutspenden für die erste Hälfte des Jahres 2022 bestätigen den prognostizierten Abwärtstrend. Die mobilen Entnahmen des DRK in den Jahren 2020/2021 reduzierten sich von durchschnittlich 20 bis 25 auf 15 bis 20 Einsätze monatlich.

Besonders enttäuschend fällt die sehr geringe Anzahl von Blutspenden der Mitarbeiter der öffentlichen Einrichtungen der Stadt Hamburg aus. Die Behörden und ihre nachgeordneten Ämter, die bezirklichen Stellen, aber auch die zahlreichen öffentlichen Unternehmen haben ihren Mitarbeitern kaum betriebliche Möglichkeiten für Blutspenden angeboten. Zudem wurden seit 2015 drei Spendeeinrichtungen in Hamburg geschlossen, wie aus einer früheren Parlamentarischen Anfrage der AfD-Bürgerschaftsfraktion hervorgeht.

Eigenen Aussagen zufolge unterstützt und fördert der Senat die Blutspendenbereitschaft der Bevölkerung und das Engagement der Blutspendedienste. Senatsmitglieder gehen nach eigenen Angaben hier mit gutem Beispiel voran. Dieses sollte die Bürgerschaft aufgreifen und den Senat ermutigen, verstärkt für Blutspenden innerhalb der Hamburger Verwaltung und unseren öffentlichen Unternehmen zu werben.

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/In-Hamburg-werden-die-Blutkonserven-knapp,blutspende400.html>.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. den Mitarbeitern der Hamburger Verwaltung mindestens einmal jährlich eine betriebliche Möglichkeit zur Blutspende anzubieten. Um eine möglichst hohe Beteiligung zu befördern, soll es sich dabei um niedrighschwellige Angebote mittels mobiler Dienste handeln, welche die jeweiligen Teile der Verwaltung aufsuchen können,
2. unsere öffentlichen Unternehmen aufzufordern, ihren Mitarbeitern ebenfalls mindestens einmal jährlich eine betriebliche Möglichkeit zur Blutspende anzubieten. Aufgrund stark variierender Betriebsgrößen sollen die Unternehmen über die entsprechende Methodik selbst entscheiden,
3. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2023 zu berichten.